

PROJEKTVERTRAG

Fachplanung (Technische Ausrüstung – HLS / Gebäudeauto- mation / medizinische Gase) im Vorhaben „L022 – Umbau Haus 4“

zwischen

der Klinikum Lippe GmbH,
vertreten durch den Geschäftsführer, Röntgenstraße 18, 32756 Detmold,
nachfolgend „**Auftraggeber**“ oder „AG“ genannt

und

[Unternehmen]

vertreten durch [...]

[Anschrift]

nachfolgend „**Auftragnehmer**“ oder „AN“ genannt

PRÄAMBEL

Die Klinikum Lippe GmbH beabsichtigt die bauliche, funktionale und technische Weiterentwicklung vorhandener Gebäudestrukturen im Haus 4 auf dem Gelände des Klinikums in Detmold.

Die hierfür erforderlichen Planungsleistungen für Technische Ausrüstung (HLS / Gebäudeautomation / medizinische Gase) nach § 55 HOAI wurden an den Auftragnehmer im Rahmen eines europaweiten offenen Verfahrens vergeben. Die Zuschlagserteilung auf das Angebot des Auftragnehmers erfolgte am [...].

Der Auftraggeber beauftragt den Auftragnehmer mit den die Grundleistungen der Leistungsphasen 1 bis 9 des Leistungsbildes Technische Ausrüstung (HLS / Gebäudeautomation / medizinische Gase) gemäß § 55 HOAI in Verbindung mit Anlage 15 zur HOAI für die Anlagengruppen 1, 2, 3, 7 und 8 sowie die in der Leistungsbeschreibung näher bezeichneten Besonderen Leistungen.

Die Vertragsparteien werden bei der Planung und deren Umsetzung vertrauensvoll und partnerschaftlich in gegenseitiger Rücksichtnahme und Unterstützung zusammenarbeiten. Bei eventuell auftretenden Meinungsverschiedenheiten und Problemen bei der Projektabwicklung werden sich die Vertragsparteien unverzüglich abstimmen, um so eine einvernehmliche, gütliche, kosten- und termingerechte Lösung zu finden.

Dies vorausgeschickt, schließen die Parteien den nachfolgenden Vertrag, der der schriftlichen Fixierung und urkundlichen Dokumentation der beauftragten Vertragsinhalte dient.

INHALTSVERZEICHNIS

TEIL 1	GRUNDLAGEN DES VERTRAGES	5
§ 1	Gegenstand des Vertrages	5
§ 2	Vertragsbestandteile und Vertragsgrundlagen	5
TEIL 2	PLANUNGSLEISTUNGEN	9
§ 3	Leistungsumfang	9
§ 4	Sonstige Pflichten des Auftragnehmers	12
§ 5	Leistungsänderungen	14
§ 6	Mitwirkungspflichten des Auftraggebers	16
TEIL 3	VERTRAGSDURCHFÜHRUNG	17
§ 7	Termine	17
§ 8	Abnahme	18
§ 10	Vergütung	19
§ 11	Abrechnung und Zahlung	20
§ 12	Qualitätssicherung	20
§ 13	Gewährleistung und Haftung	21

§ 14 Kündigung	21
§ 15 Tariftreue und Mindestentlohnung	22
§ 16 Versicherungen	22
§ 17 Urheberrechte, Nutzung, Verwertung und Änderung der Planung des Werkes	22
§ 18 Nachunternehmer	23
§ 19 Abtretung	24
§ 20 Schlichtung	24
§ 21 Sonstiges	24

TEIL 1 GRUNDLAGEN DES VERTRAGES

§ 1

Gegenstand des Vertrages

Der Auftraggeber beauftragt den Auftragnehmer mit der Erbringung von Planungsleistungen der Fachplanung (Leistungsbild Technische Ausrüstung – HLS / Gebäudeautomation / medizinische Gase) gemäß § 55 HOAI in Verbindung mit Anlage 15 zur HOAI für die Anlagengruppen 1, 2, 3, 7 und 8 sowie die in der Leistungsbeschreibung näher bezeichneten Besonderen Leistungen für die bauliche, funktionale und technische Weiterentwicklung vorhandener Gebäudestrukturen im Haus 4 auf dem Gelände des Klinikums in Detmold.

Art und Umfang der vom Auftragnehmer geschuldeten Leistungen ergeben sich aus diesem Vertrag, insbesondere aus § 3 (Leistungsumfang), sowie aus den in § 2 genannten Vertragsbestandteilen und Vertragsgrundlagen.

Der Auftragnehmer erbringt seine Leistungen unter Beachtung der allgemein anerkannten Regeln der Technik, der einschlägigen öffentlich-rechtlichen Vorschriften sowie unter Berücksichtigung der Anforderungen an Funktionalität, Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit des Bauvorhabens im Rahmen der vertraglich vereinbarten Leistungen.

§ 2

Vertragsbestandteile und Vertragsgrundlagen

1. Für das Vertragsverhältnis über die auszuführenden Leistungen gelten die folgenden Vertragsbestandteile und Vertragsgrundlagen in der nachstehenden Rangfolge als vereinbart:

- 1.1. Dieser Vertrag;
die Vergabeunterlagen gemäß Unterlagenverzeichnis sowie die weiteren Bieterschreiben nebst Anlagen aus dem Vergabeverfahren inklusive etwaiger Aufklärungsschreiben, **Anlage 1**, insbesondere
 - Leistungsbeschreibung, **Anlage 1.1**;
 - Projektbeschreibung, **Anlage 1.2**;
 - Bestandsunterlagen, **Anlage 1.3**;
 - Rahmenterminplan, **Anlage 1.4**;
- 1.2. die Allgemeinen Vertragsbedingungen zu Verträgen über Freiberufliche Leistungen (AVB-FL) der Klinikum Lippe GmbH, **Anlage 1.5**;
- 1.3. die CAD-Richtlinie der Klinikum Lippe GmbH (Stand 12/2019), **Anlage 1.6**;
- 1.4. Das verbindliche Angebot des AN samt Angebotsschreiben vom [Datum], **Anlage 2**;
- 1.5. die allgemein anerkannten Regeln der Technik und Baukunst zum Zeitpunkt der Auftragserteilung, für nachträgliche Änderungen bis zur Abnahme gilt § 7;
- 1.6. alle DIN-/EN-Normen, ferner die VDI-, VDE-Vorschriften usw., sofern diese den anerkannten Regeln der Technik entsprechen, und sich aus den Leistungsbeschreibungen nicht ausdrücklich etwas Anderes ergibt;
- 1.7. die Unfallverhütungsvorschriften (insbesondere Baustellenverordnung, sämtliche öffentlich-rechtlichen Vorschriften, technische Bestimmungen der Bauaufsichtsbehörden) zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses;
- 1.8. die allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen (VOB/B) in der bei Vertragsschluss geltenden Fassung;
- 1.9. alle arbeitsrechtlichen Vorschriften, insbesondere die Vorschriften der ArbStättV;
- 1.10. alle einschlägigen Gesetze, Erlasse, Verordnungen und Richtlinien (auch europäische Richtlinien) von Staat, Aufsichtsbehörden, öffentlichen Versorgungsbetrieben, Be-

rufsgenossenschaften, Bau-, Gewerbe-, Verkehrs-, Gesundheitspolizei und Feuerwehr und des technischen Überwachungsvereins (TÜV), der Deutschen Telekom oder anderen Netzbetreibern, und alle sonst in Betracht kommenden Gesetze und behördlichen Vorschriften zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses;

- 1.11. die Verordnung über die Honorare für Architekten und Ingenieure (HOAI) in der bei Vertragsschluss geltenden Fassung;
- 1.12. die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches, insbesondere die Vorschriften der §§ 631 ff. BGB;
2. Die vorstehende Rangfolge gilt ausschließlich bei nicht auflösbaren Widersprüchen. Die Parteien vereinbaren vielmehr, dass die Grundsätze der einheitlichen und widerspruchsfreien Auslegung von Verträgen zur Anwendung kommen sollen. Dabei gelten die folgenden Auslegungsgrundsätze:
 - 2.1. Soweit sich etwaige Lücken in einer Vertragsgrundlage durch andere Vertragsgrundlagen vervollständigen lassen, besteht ein solcher Widerspruch nicht. Die Parteien gehen dabei davon aus, dass die jeweils weitergehende, d.h. die qualitativ oder quantitativ höherwertige als vereinbart gilt, soweit dies mit dem Sinn und Zweck dieses Vertrages oder dem hinter den einzelnen Vertragsgrundlagen stehenden Sinn und Zweck sowie mit den nachstehenden Auslegungsgrundsätzen und dem mutmaßlichen Willen der Parteien vereinbart ist.
 - 2.2. Die speziellere Bestimmung einer Vertragsgrundlage zu einer bestimmten, vom Auftragnehmer geschuldeten Leistung geht der allgemeineren Bestimmung zu dieser Leistung in einer anderen Vertragsgrundlage vor.
 - 2.3. Eine später getroffene Vereinbarung im Hinblick auf eine bestimmte Leistung geht einer früher getroffenen Vereinbarung vor (neu vor alt).

2.4. Die AVB-FL gelten ergänzend zu diesem Vertrag, soweit dieser Vertrag keine abweichenden oder spezielleren Regelungen enthält.

3. Allgemeine Geschäftsbedingungen, insbesondere Lieferungs-, Montage-, Verkaufs- und Zahlungsbedingungen des Auftragnehmers oder der Lieferanten des Auftragnehmers werden nicht Vertragsbestandteil, es sei denn, dass ihre Geltung ausdrücklich vereinbart ist und sie den Vertragsgrundlagen, insbesondere diesem Vertrag nicht widersprechen.
4. Die Parteien verzichten wechselseitig auf die Übergabe einer Textausgabe der VOB und des Vergabehandbuchs des Bundes, da ihnen diese bekannt ist.
5. Der Auftragnehmer hat die Vorgaben dieses Vertrages und seiner Anlagen im Rahmen des Vergabeverfahrens vor Abgabe seines Angebotes dahingehend geprüft, dass sie der Umsetzung des Vertragsgegenstandes und den anerkannten Regeln der Technik entsprechen, keine Fehler, Widersprüche, Unvollständigkeiten oder Unzulänglichkeiten aufweisen und etwaige Risiken und etwaige Lücken in der Beschreibung der Leistung vollumfänglich in seiner Kalkulation berücksichtigt. Die Geltendmachung zusätzlicher Kosten und Aufwendungen ist daher ausgeschlossen, soweit in diesem Vertrag und seinen Anlagen nicht Abweichendes geregelt ist.
6. Die Klinikum Lippe GmbH ist als öffentlicher Auftraggeber im Oberschwellenbereich anzusehen. In dem Projekt sind somit 80 % EU-Weit auszuschreiben. Hierzu ist das Vergabehandbuch des Bundes zu Grunde zu legen.
7. Der Auftraggeber legt besonderen Wert darauf, dass der Umbau der Station 42 zu Wahlleistungsunterbringung fristgerecht erfolgt.

TEIL 2 PLANUNGSLEISTUNGEN

§ 3

Leistungsumfang

1. Der Auftragnehmer verpflichtet sich nach Maßgabe dieses Vertrages und seiner Bestandteile und Grundlagen nach § 2 dieses Vertrages zur Planung der baulichen, funktionalen und technischen Weiterentwicklung der vorhandenen Gebäudestrukturen im Haus 4 im Klinikum Lippe in Detmold. Der Auftragnehmer schuldet dabei sämtliche erforderlichen Planungsleistungen, die der Fachplanung (Leistungsbild Technische Ausrüstung – HLS / Gebäudeautomation / medizinische Gase) nach § 55 Abs. 1 und 3 HOAI in Verbindung mit Anlage 15, Nummer 15.1 für die Anlagengruppen 1, 2, 3, 7 und 8 zuzuordnen sind.

Der Abruf der beauftragten Leistungen erfolgt stufenweise, wobei die Stufen wie folgt festgelegt werden:

Stufe 1:

Grundlagenermittlung, Vorplanung und Entwurfsplanung (Leistungsphasen 1 - 3 nach § 55 Abs. 1 Nr. 1 – 3 HOAI in Verbindung mit Anlage 15, Nummer 15.1)

Stufe 2:

Genehmigungsplanung, Ausführungsplanung, Vorbereitung und Mitwirkung bei der Vergabe, Objektüberwachung und Objektbetreuung (Leistungsphase 4 - 9 nach § 55 Abs. 1 Nr. 4 - 9 HOAI in Verbindung mit Anlage 15, Nummer 15.1)

2. Abgerufen werden mit diesem Vertrag zunächst nur die Leistungen der Stufe 1 gemäß Abs. 1. Der Auftraggeber ist berechtigt und behält sich vor, dem Auftragnehmer weitere Stufen

oder Teilleistungen einzelner Stufen sowie Besondere Leistungen durch einen späteren gesonderten Abruf in Textform zu übertragen. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die Leistungen der weiteren Stufen oder Teilleistungen einzelner Stufen sowie Besondere Leistungen nach entsprechendem Abruf durch den Auftraggeber zu erbringen, sofern sie ihm spätestens sechs Monate nach Fertigstellung der letzten Teilleistung aus der letztbeauftragten Stufe übertragen werden.

3. Für den Abruf weiterer Stufen nach Abs. 1 gelten die Bedingungen dieses Vertrages. Aus einer stufenweisen Beauftragung und einer daraus möglicherweise resultierenden Unterbrechung kann der Auftragnehmer weder eine Erhöhung seines Honorars verlangen noch sonstige Ansprüche, insbesondere nach § 8 Abs. 3 HOAI oder nach § 642 BGB, geltend machen. Der Auftragnehmer hat auch keinen Anspruch auf Fortschreibung der Vertragsfristen, soweit die jeweils nächste Stufe binnen einer Frist von sechs Monaten nach Fertigstellung der letzten Teilleistung aus der zuletzt abgerufenen Stufe abgerufen wird.
4. Dem Auftragnehmer steht kein Anspruch auf den Abruf weiterer Stufen nach Abs. 1 zu. Er kann auch aus dem stufenweisen Abruf oder Nichtabruf keinerlei weitergehende Rechte, gleich welcher Art, herleiten.
5. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die von ihm geschuldeten Planungsleistungen in Übereinstimmung mit dem unter § 7 vereinbarten Fristen umzusetzen. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, alle für die Ausführung seiner Vertragsleistung erforderlichen Massen und Leistungen vor Vertragsabschluss eigenverantwortlich zu ermitteln, soweit dies nach Art und Stand der jeweils beauftragten Leistungsphase möglich und zumutbar ist.
6. Der Auftragnehmer hat die im Rahmen des Vergabeverfahrens überlassenen Unterlagen auf für einen fachkundigen Auftragnehmer erkennbare Fehler, Widerspruchsfreiheit und Vollständigkeit überprüft. Bedenken gegen die in den Vergabeunterlagen beschriebenen

funktionalen Anforderungen hat er dem Auftraggeber nach feststellen unverzüglich schriftlich anzuzeigen. Insbesondere hat er in diesem Fall Angaben über etwaig erforderliche zusätzliche Leistungen zu machen. Er hat sich vor Abschluss dieses Vertrages neben der Prüfung der ihm von dem Auftraggeber vorgelegten Unterlagen durch Besichtigung der örtlichen Gegebenheiten - ohne eigene Baugrunduntersuchungen und ohne eigene Untersuchungen des Bestandes - unter Berücksichtigung der Zufahrtswege und deren Beschaffenheit, des Verlaufs benachbarter Straßen, insbesondere der Anschlussmöglichkeiten für Medien, ein Bild über Art und Umfang, der von ihm zu erbringenden Leistungen verschafft und dies bei der Angebotserstellung berücksichtigt, soweit dies nach Art der Planungsleistungen geschuldet und fachlich zumutbar ist.

7. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die zeichnerischen Planungsergebnisse CAD-gestützt vorzunehmen. Dabei ist eine Kompatibilität mit den von den Projektbeteiligten verwendeten Systemen, die vor Vertragsschluss benannt werden, sicherzustellen. Darüber hinaus hat hinsichtlich des Datenaustauschs eine Abstimmung mit den Projektbeteiligten zu erfolgen. Der Datenaustausch sowie die Planablage haben über das von der Auftraggeberin vorgegebene Projektkommunikationssystem „Planfred“ zu erfolgen. Die vom Auftragnehmer vorzulegenden Zeichnungen, Beschreibungen und Berechnungen sind dem Auftraggeber auf Anforderung in bis zu 3-facher Ausfertigung gefaltet / geheftet und in Ordnern mit Planliste sowie in digitaler und bearbeitungsfähiger Form auf Datenträger zu übergeben. Mehrausfertigungen werden gesondert vergütet. Im Übrigen gilt § 7 AVB-FL (Anlage 1.5).
8. Die Vertragsparteien stellen klar, dass eventuelle Ansprüche für zusätzliche Leistungen trotz Anordnung durch den Auftraggeber nicht bestehen, soweit diese Leistungen im ursprünglichen Leistungsumfang bereits enthalten waren, wie z.B. Optimierungen oder angemessene Variantenuntersuchungen innerhalb einer Leistungsphase.

§ 4

Sonstige Pflichten des Auftragnehmers

1. Der Auftragnehmer hat für die von ihm nach diesem Vertrag zu erbringenden Planungsleistungen ausreichend qualifiziertes Personal vorzuhalten. Er hat dafür Sorge zu tragen, dass die Leistungen dieses Vertrages zeitgerecht und ordnungsgemäß erfüllt werden können.
2. Der Auftragnehmer benennt hierzu als projektverantwortliche Mitarbeiter die in ihrem verbindlichen Angebot genannten Personen (Projektleitung und stellvertretende Projektleitung). Diese Mitarbeiter bleiben für den gesamten Projektablauf zuständig. Ein Wechsel ist grundsätzlich nur für den Fall zulässig, dass der Auftraggeber dies ausdrücklich wünscht oder ein Vorbringen des Auftragnehmers entsprechend genehmigt oder sachliche, vom Auftragnehmer nicht zu vertretende innerbetriebliche Gründe für einen Wechsel sprechen.
3. Der Auftragnehmer hat im Rahmen seines Leistungsbereichs sicherzustellen, dass alle Termine und Fristen bei der Planung eingehalten werden. Die Schnittstellen zu Dritten, das heißt vom Auftraggeber direkt beauftragte Planungsbeteiligte, sind vom Auftragnehmer so zu koordinieren, dass der Planungserfolg nicht gefährdet wird.
4. Der Auftragnehmer sichert zu, dass die projektverantwortlichen Mitarbeiter in Abstimmung mit dem Auftraggeber während der gesamten Vertragslaufzeit – abhängig von der jeweiligen Leistungsphase – für eine orts- und zeitnahe Erbringung der Leistungen in gebotenem Umfang vor Ort in Detmold sind. Hierzu zählen auch die regelmäßigen Besprechungen nach Abs. 7.
5. Im Bedarfsfall wird die Vor-Ort-Präsenz des Auftragnehmers in Absprache mit dem Auftraggeber abgestimmt und angepasst.

6. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, an regelmäßig stattfindenden Projektbesprechungen, die nach Bedarf festgelegt werden (Jour Fixe) und in der Planungsphase grundsätzlich 14-tägig stattfinden, sowie an den sonstigen vom Auftraggeber für erforderlich gehaltenen Besprechungen teilzunehmen. Bei entsprechender Aufforderung durch den Auftraggeber hat der Auftragnehmer einen bevollmächtigten Vertreter oder Mitarbeiter zu entsenden, der rechtsgeschäftliche Erklärungen abzugeben und entgegennehmen darf.
7. Der Auftragnehmer hat unabhängig davon sämtliche Besprechungen insbesondere Planungs-, Nutzer- und Baubesprechungen mit den am Projekt Beteiligten und mit dem Auftraggeber selbständig vorzubereiten, zu führen und zu protokollieren. Der Auftragnehmer hat sämtliche Entscheidungen des Auftraggebers und sämtliche Protokolle sowie den gesamten Schriftverkehr mit den am Projekt Beteiligten zu dokumentieren und zur Archivierung vorzubereiten.
8. Um sicherzustellen, dass der Verwirklichung seiner Planung keine Hindernisse entgegenstehen, wird der Auftragnehmer im erforderlichen Umfang fortlaufend Verbindung mit den zuständigen Genehmigungs- und Fachbehörden sowie den sonst in Betracht kommenden Behörden und Stellen der Stadt Lemgo sowie dem Kreis Lippe halten und mit diesen die Planung abstimmen.
9. Auflagen der Genehmigungs- und Fachbehörden oder anderer zuständiger Stellen sind vom Auftragnehmer umzusetzen. Stehen solche Auflagen im Widerspruch zur Festlegung in den Vertragsunterlagen oder zu Anordnungen des Auftraggebers oder berühren sie die Konzeption in einer nicht unwesentlichen Form, so wird der Auftragnehmer den Auftraggeber hierüber und über mögliche Konsequenzen unverzüglich schriftlich Bericht erstatten. Er wird eine Entscheidung des Auftraggebers einholen, bevor die Planung weiterbearbeitet wird.

10. Der Auftragnehmer verpflichtet sich insbesondere, alle kosten- und terminrelevanten Vorgänge aktiv zu bearbeiten und zu dokumentieren, und zwar in einer Art und Weise, dass ein planungsablaufbezogener Kausalitätsnachweis geführt werden kann. Hierzu gehören insbesondere lückenlos geführte Besprechungsprotokolle, aber auch die Leistungs- und Schnittstellendokumentation der einzelnen am Projekt Beteiligten. Die Dokumentation muss so beschaffen sein, dass es dem Auftraggeber nachträglich möglich ist, im Falle von Leistungsstörungen die Verantwortlichkeiten zu- und nachweisen zu können.

§ 5

Leistungsänderungen

1. Der Auftraggeber ist berechtigt, Leistungsänderungen anzuordnen oder zusätzliche Leistungen zu verlangen. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, in diesem Fall auch diese Leistungen auszuführen soweit dies dem Auftragnehmer zumutbar ist. Die Vergütungsfolgen bzw. die Auswirkungen auf die Vertragsfristen bei Leistungsänderungen oder zusätzlichen Leistungen richten sich dabei nach den folgenden Bestimmungen.
2. Wünschen der AN, die Nutzer, Planungsbeteiligte oder ausführende Unternehmen des Auftragnehmers eine Leistungsänderung, so kann eine solche ausschließlich durch das Einreichen eines Änderungsantrags bei der AG beantragt werden. Klarstellend wird darauf verwiesen, dass die Nutzer oder Planungsbeteiligte des Auftraggebers ihre Änderungswünsche direkt mit dem Auftraggeber abstimmen müssen. Diese entscheidet dann, ob der Auftragnehmer ein Änderungsangebot vorlegen soll und wendet sich an den Auftragnehmer.
3. Wünscht der Auftraggeber eine Änderung oder wird die Beauftragung einer zusätzlichen oder geänderten Leistung aufgrund der vorgefundenen Verhältnisse erforderlich, hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber möglichst kurzfristig über etwaige Mehr-/Minderkosten in Textform durch Vorlage eines prüfbaren Nachtragsangebotes zu unterrichten, welches

die Mehr- und Minderkosten anhand der Vertragskalkulation (vgl. nachfolgende Ziffern 5-6) nachvollziehbar für jede Position kalkulatorisch aufschlüsselt. Soweit eine Kalkulationsgrundlage aus dem Angebot/der vertraglich vereinbarten Vergütungsstruktur herangezogen werden kann, ist diese zugrunde zu legen. Für den Fall, dass diese keine hinreichende Grundlage für die Ermittlung und Prüfung der Vergütung des Angebotes für die zusätzliche oder geänderte Leistung bietet, hat der Auftragnehmer auf die tatsächlich erforderlichen Kosten abzustellen. Diese können auch durch Nachunternehmerangebote dargelegt werden. Außerdem hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber möglichst kurzfristig in Textform über etwaige Terminauswirkungen zu informieren. Kosten- und Terminfolgen sind, soweit möglich, detailliert und bauablaufbezogen zu beschreiben. Bei Kostenmehrungen und/oder Ausführungsverlängerungen sind möglichst Kompensationsmaßnahmen aufzuzeigen. Der Auftragnehmer hat eine Prüffrist von in der Regel 10 Bankarbeitstagen beim Auftraggeber zu berücksichtigen. Soweit der Auftraggeber das Nachtragsangebot innerhalb dieser Frist prüft, kann der Auftragnehmer wegen der Prüffrist keine Fortschreibung der Vertragsfristen beanspruchen. Die Freigabe von Planunterlagen durch die AG, die Abnahme von Bauleistungen oder ähnliche Bestätigungen entbinden den AN nicht von der Pflicht sämtliche Leistungsänderungen in Form von Änderungsanträgen selbständig und frühzeitig schriftlich einzuholen.

4. Die Parteien werden in diesem Fall möglichst zeitnah eine schriftliche Nachtragsvereinbarung schließen, welche die Kosten von Leistungsänderungen und zusätzlichen Leistungen abschließend regelt und den Terminplan fortschreibt.
5. Der Auftragnehmer darf eine geänderte oder zusätzliche Leistung grundsätzlich nur nach Abschluss einer schriftlichen Nachtragsvereinbarung ausführen. Im Interesse einer termingerechten Fertigstellung des Bauvorhabens vereinbaren die Parteien jedoch Folgendes:

Besteht zwischen den Vertragsparteien in Bezug auf bestimmte Leistungen Streit darüber, ob diese nach dem ursprünglichen Vertragsinhalt geschuldet oder als geänderte oder zusätzliche Leistungen vom Auftraggeber gesondert zu vergüten sind, ist der Auftragnehmer nicht berechtigt, bis zur Klärung dieses Streits seine Arbeiten einzustellen. Der Auftragnehmer hat in diesem Fall die Leistungen vielmehr auf einseitige schriftliche Anordnung des Auftraggebers auszuführen, auch wenn noch keine Nachtragsvereinbarung über Grund oder Höhe der Vergütung zustande gekommen ist. Der Streit der Parteien über Anspruchsgrund bzw. Anspruchshöhe soll von den Vertragsparteien einer baldigen Klärung zugeführt werden, ohne dass es darüber zu einer Verzögerung des Bauablaufes kommt. Der Auftragnehmer kann in diesem Fall nur dann eine Zahlung verlangen, wenn er dem Auftraggeber für den streitigen Teil der Vergütung eine Sicherheit in Form einer selbstschuldnerischen Bürgschaft einer Bank, Sparkasse oder eines Kautionsversicherers für etwaige Rückzahlungsansprüche des Auftraggebers stellt.

§ 6

Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

1. Dem Auftraggeber bzw. dem von ihm beauftragten Architekten/Bauüberwacher obliegt es, alle vom Auftragnehmer nach diesem Vertrag zu erstellende Pläne, Zeichnungen, Muster und sonstigen Unterlagen innerhalb einer Frist von in der Regel 10 Bankarbeitstagen zur Ausführung freizugeben, soweit das dem Planungsterminplan entspricht. Für die Freigabe der erweiterten Leistungsphase 3 mit Leitdetails als Gesamtpaket gehen die Vertragsparteien von einer Freigabedauer von 20 Bankarbeitstagen aus. Die Freigabe durch den Auftraggeber entbindet den Auftragnehmer nicht von seiner Verpflichtung zur Erbringung der vertragsgemäßen Leistung. Es ist seine alleinige Verpflichtung, die von ihm geschuldeten Leistungen vertragsgerecht und rechtzeitig zu erstellen. Durch die Freigabe entfällt weder

die Haftung des AN noch sind mit der Freigabe eine Haftungserleichterung oder Umkehr der Beweislast verbunden.

2. Der Auftraggeber wird zur Wahrnehmung seiner Interessen im Übrigen durch den Geschäftsführer vertreten.

Der Geschäftsführer ist – soweit nichts anderes vereinbart ist – jeweils einzeln ermächtigt und bevollmächtigt, den Arbeitgeber rechtsgeschäftlich zu vertreten. Der Auftraggeber kann durch einseitige schriftliche Erklärung weitere Personen benennen, die ihn während der Durchführung des Bauvorhabens vertreten bzw. bereits benannte Vertreter abberufen.

TEIL 3 VERTRAGSDURCHFÜHRUNG

§ 7

Termine

1. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, unverzüglich nach Abschluss dieses Vertrages seine Planungsleistungen aufzunehmen. Der Auftragnehmer wird seine Leistungen so rechtzeitig erbringen, dass die gesamte Planung und Bauausführung termingerecht erfolgen kann und nachfolgende Fristen als verbindliche Vertragsfristen (Zwischen- und Endfristen) vereinbart sind:

1.1. Fertigstellung Entwurf:	15.10.2026
1.2. Abgabe Bauantrag:	31.10.2026
1.3. Abriss Modulbau (Fa. Cadolto):	31.01.2027

1.4. Inbetriebnahme der Station 42

zur Wahlleistungsunterbringung: 31.12.2028

2. Der Auftragnehmer hat spätestens vier Wochen nach Vertragsschluss den vorliegenden Rahmenterminplan durch einen von ihm vorzulegenden (Entwurf eines) Detailterminplan(s) für alle Planungsleistungen mit den relevanten Planungsterminen (Anfangs-, wesentliche Zwischen- und Endtermine der jeweiligen Leistungsphasen) zu ersetzen.
3. Die relevanten Planungstermine in den jeweiligen Detailterminplänen werden in Abstimmung zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer und, sofern erforderlich, den weiteren Planern festgelegt. Diese Termine sind für den Auftragnehmer verbindlich. Das vorgesehene Ende einer Leistungsphase ist immer wesentlicher Zwischen- bzw. Endtermin.
4. Legt der Auftragnehmer nicht innerhalb von vier Wochen nach Abschluss dieses Vertrages den Detailterminplan für Planungsleistungen zunächst bis zum Abschluss der Vorentwurfsplanung vor oder einigen sich die Parteien nicht, kann der Auftraggeber nach billigem Ermessen einseitig einen Detailterminplan mit verbindlichen Planungsterminen für die vom Auftragnehmer geschuldeten Leistungen festlegen. Die Parteien stellen klar, dass sich der Detailterminplan an dem Rahmenterminplan zu orientieren hat.
5. Der Auftragnehmer ist zur regelmäßigen Fortschreibung der Terminplanung und Fristenkontrolle verpflichtet.

§ 8

Abnahme

Nach vollständiger Leistungserbringung hat der Auftragnehmer einen Anspruch auf förmliche Abnahme durch den Auftraggeber nach Maßgabe des § 9 AVB-FL (Anlage 1.5).

§ 10

Vergütung

1. Für die vom Auftragnehmer nach diesem Vertrag geschuldeten Leistungen wird entsprechend dem verbindlichen Angebot eine Vergütung in Höhe von vorläufig

... € (netto)

zuzüglich der gesetzlich geltenden Umsatzsteuer vereinbart.

Information: Das Honorar wird nach dem letztverbindlichen Angebot des obsiegenden Bieters hier ergänzt.

2. Die Parteien sind sich einig, dass mit Zahlung des unter Ziffer 1 genannten Gesamtpreises die geschuldeten Leistungen abgegolten sind, sofern sich nicht aus den Bestimmungen dieses Vertrages bzw. den nachfolgenden Einschränkungen etwas anderes ergibt.
3. Die Parteien sind sich einig, dass folgende Umstände der Risikosphäre des Auftraggebers zuzurechnen sind:
 - das Baugrundrisiko,
 - höhere Gewalt
 - zusätzliche oder geänderte Leistungen, die nicht erforderlich sind, um das Bauvorhaben mangelfrei und den anerkannten Regeln der Technik entsprechend, schlüsselfertig und den anerkannten Regeln der Technik entsprechend herzustellen (z.B. höherwertigere Materialien, obwohl die angebotenen Materialien geeignet und mangelfrei sind).
 - Finanzierung des Projektes

Alle üblicherweise vom AN zu tragenden Risiken werden von ihm übernommen, soweit sie für ihn bei Anwendung der erforderlichen fachlichen Sorgfalt erkennbar waren.

4. Die vereinbarte Vergütung wird zzgl. der jeweils gesetzlichen Umsatzsteuer berechnet. Soweit sich die Höhe der Umsatzsteuer während der Abwicklung des Vertrages ändern sollte, werden die Parteien an einer notwendigen Leistungsabgrenzung oder entsprechenden Zwischenabrechnung mitwirken.

§ 11

Abrechnung und Zahlung

1. Alle Rechnungen sind auf den Auftraggeber auszustellen (Adresse, siehe Vertragsrubrum), digital und in einfacher Ausfertigung zu überreichen.
2. Alle Zahlungen werden bargeldlos geleistet. Der Auftraggeber muss Zahlungen nur auf das ihm vom Auftragnehmer in den Rechnungen genannte Konto anweisen.
3. Im Übrigen richtet sich die Abrechnung und Zahlung nach §§ 11, 12 AVB-FL (Anlage 1.5).

§ 12

Qualitätssicherung

Der Auftragnehmer wird bei der Durchführung des Projekts in Abstimmung mit dem Auftraggeber vorbeugende, begleitende, überwachende und qualitätslenkende Maßnahmen im Rahmen der ihm vertraglich übertragenen Planungsleistungen vornehmen.

§ 13

Gewährleistung und Haftung

1. Die Die Verjährungsfristen für Mängelansprüche des AG bestimmen sich nach § 634a BGB und beginnen mit der (Teil-)Abnahme der Leistungen gemäß § 9 AVB-FL (Anlage 1.5).
2. Soweit in diesem Vertrag nichts Anderes bestimmt ist, haftet der Auftragnehmer nach den gesetzlichen Vorschriften. Er wird den Auftraggeber von allen im Zuge der Erbringung der in diesem Vertrag genannten Leistungen und den damit zusammenhängenden Schadensersatzansprüchen Dritter freistellen, soweit diese ursächlich auf einer schuldhaften Pflichtverletzung des Auftragnehmers beruhen und den AN ein Vertretenmüssen trifft. Produkthaftungsansprüche bleiben davon unberührt. Die Freistellungsverpflichtung umfasst auch die Unterstützung bei der Abwehr unberechtigter Ansprüche.
3. Der Auftraggeber haftet nur für Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit. Diese Haftungsbegrenzung gilt nicht für Ansprüche wegen einer Verletzung des Lebens, des Leibes und der Gesundheit oder wegen einer Verletzung von vertragswesentlichen Vertragspflichten des Auftraggebers.

§ 14

Kündigung

1. Es gelten die Kündigungsregelungen aus den §§ 13, 14 AVB-FL (Anlage 1.5).
2. Die Vertragsparteien verpflichten sich im Falle der Kündigung, gleich aus welchem Grund, in einer gemeinsamen Feststellung den tatsächlichen Leistungsstand zu ermitteln (Zustandsfeststellung).

§ 15

Tariftreue und Mindestentlohnung

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die Bestimmungen des Tariftreue- und Vergabegesetzes NRW in der zur Vertragsschluss geltenden Fassung einzuhalten. Die Vertragsschließenden stimmen darin überein, dass es sich insoweit um eine vertragswesentliche Verpflichtung des AN handelt.

§ 16

Versicherungen

1. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die erforderliche Berufshaftpflichtversicherung auf eigene Kosten während der gesamten Vertragszeit zu unterhalten und nachzuweisen. Die Haftungssumme für Personen-, Sach- und Vermögensschäden betragen hierbei je Einzelfall bis zu 3.000.000,00 €, jährlich zweifach maximiert. Die Erfüllung dieser Verpflichtung ist auf Verlangen des Auftraggebers nachzuweisen.
2. Im Übrigen gilt § 16 AVB-FL (Anlage 1.5).

§ 17

Urheberrechte, Nutzung, Verwertung und Änderung der Planung des Werkes

1. Es gelten die Regelungen des § 5 AVB-FL (Anlage 1.5).
2. Soweit der Auftragnehmer Dritte mit der Erbringung der vertragsgegenständlichen Leistungen beauftragt hat, gewährleistet er dem Auftraggeber, dass auch an den von diesen Dritten erbrachten Leistungen die in § 5 AVB-FL (Anlage 1.5) genannten Nutzungsrechte in dem dort bestimmten Umfang eingeräumt werden, und verpflichtet sich, mit dem Dritten entsprechende Regelungen zu vereinbaren.

§ 18

Nachunternehmer

1. Die Beauftragung von Nachunternehmern richtet sich nach § 1.7 AVB-FL (Anlage 1.5).
2. Der Einsatz von Nachunternehmern entbindet den Auftragnehmer nicht von seiner alleinigen Verpflichtung gegenüber dem Auftraggeber zur vollständigen Vertragserfüllung.
3. Der Auftragnehmer trägt die volle Verantwortung in rechtlicher und wirtschaftlicher Hinsicht, dass bei der Erbringung der von ihm geschuldeten Leistungen keine illegalen Arbeitskräfte beschäftigt werden und keine Schwarzarbeit im Sinne des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung geleistet wird. Der Auftragnehmer hat sicherzustellen, dass die von ihm eingesetzten Arbeitnehmer sowie die von ihm beauftragten Nachunternehmer über sämtliche behördliche Genehmigungen verfügen und entsprechend versichert sind und keine Verstöße gegen das Gesetz zur Bekämpfung von der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung vorliegen.
4. Sollte der Auftragnehmer gegen die vorstehenden Pflichten verstoßen, ist der Auftraggeber vorbehaltlich weitergehender Rechte befugt, dem Auftragnehmer eine angemessene Frist zur Nacherfüllung der vorstehenden Verpflichtungen mit Kündigungsandrohung zu setzen und nach fruchtlosem Fristablauf den Vertrag aus wichtigem Grund zu kündigen.

§ 19

Abtretung

Eine Abtretung von Zahlungs- oder sonstigen Ansprüchen des Auftragnehmers gegen den Auftraggeber ist nur mit vorheriger Zustimmung des Auftraggebers wirksam. Der Auftraggeber kann die Zustimmung im Übrigen nur aus berechtigtem Grund verweigern. Ein wichtiger Grund, aus dem die Zustimmung zur Abtretung verweigert werden darf, ist insbesondere schon die bloße Verschaffung prozessualer Vorteile (z. B. Gewinnung von Zeugen, die ansonsten Partei wären).

§ 20

Schlichtung

Bei Streitigkeiten insbesondere über die Vergütung von zusätzlichen oder geänderten Leistungen, Verzögerungen des Bauablaufs und deren Ursachen bzw. Behinderungen werden die Vertragschließenden vor Einleitung gerichtlicher Schritte versuchen, eine außergerichtliche Lösung durch einen unabhängigen Schiedsgutachter herbeizuführen. Ein Ausschluss des Rechtsweges ist mit dieser Regelung ausdrücklich nicht verbunden.

§ 21

Sonstiges

1. Die Aufrechnung durch den Auftragnehmer gegenüber Forderungen des Auftraggebers ist nur mit rechtskräftig festgestellten oder unstreitigen Ansprüchen zulässig.
2. Der Auftragnehmer wird ferner bei der Abwicklung dieses Vertrages rechtsgeschäftlich von folgenden Personen vertreten:



Die Bestimmungen zur Vertretung des Auftragnehmers bei Projekt- und Baubesprechungen bleiben davon unberührt.

3. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, alle ihm bekannt gewordenen Projektspezifika und Betriebsinterna des Auftraggebers auch über die Laufzeit des Vertrages hinaus vertraulich zu behandeln und nicht an Dritte weiterzugeben. Diese Verpflichtung ist auch an Nachunternehmer entsprechend weiterzugeben.
4. Der Auftragnehmer bestätigt mit der Unterzeichnung dieses Vertrages, dass die Aufgabenstellung durch die bereits vorlegten Dokumente im Vergabeverfahren ausreichend durch den AG beschrieben wurde und die Aufgabenstellung verstanden wurde. Dies gilt auch, wenn er z.B. keine dezidiertes Raum-, bzw. Funktionsprogramm erhalten hat.
5. Der Auftragnehmer bestätigt ferner, dass er die erforderlichen personellen Ressourcen verfügbar hat und bereitstellt, um mit der Erbringung seiner Leistung umgehend nach Beauftragung, jedoch spätestens nach 7 Kalendertagen zu beginnen. Zugrundzulegen ist hier das Datum der Unterzeichnung des Auftraggebers.
6. Insofern in dem Leistungsbild der HOAI die Dokumentation vereinbart ist, oder der AG diese fordert, sind schriftliche Erläuterungen, Zeichnungen oder Berechnungen als Dokumenten gefordert (vgl. Ziffer 3 Abs. 7).
7. Sollten Bestimmungen dieses Vertrages ganz oder teilweise unwirksam sein oder sollten Vertragslücken auftreten, wird dadurch die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Anstelle der unwirksamen oder unvollständigen Vereinbarung solle eine Regelung

treten, welche dem Sinn und Zweck der unwirksamen Regelung bzw. dem Zweck dieses Vertrages am nächsten kommt und die Lücke im Sinne der sonstigen Regelungen dieses Vertrages schließt. Maßstab ist das, was die Parteien vernünftigerweise vereinbart hätten, wenn ihnen die Unwirksamkeit oder Unvollständigkeit der betroffenen Regelung von vornherein bekannt gewesen wäre.

Detmold, den _____, den _____

Auftraggeber

Auftragnehmer